

Reichssicherheitshauptamt

III

Lageberichterstattung

PERSÖNLICH - SOFORT VORLEGEN!

Berlin, den 9. Oktober 1939

Vorliegender Bericht ist nur persönlich für den Adressaten bestimmt und enthält Nachrichtenmaterial, das der Aktualität wegen unüberprüft überwandt wird.

#1/10

Bericht zur innerpolitischen Lage.

I. Allgemeine Stimmung und Lage.

Die Führerrede hat den Glauben an ein Nachgeben Großbritaniens und Frankreichs, aber auch die Bereitschaft zum weiteren Einsatz für den Fall, daß der Krieg fortgesetzt werden muß, verstärkt. Aus den Meldungen über den Eindruck der Rede auf die Allgemeinheit geht hervor, daß auch der einfachste Mann die vom Führer entwickelten Gedankengänge, welche die außenpolitischen und militärischen Maßnahmen des Reiches erklären sollten, verstanden hat. Das allgemeine Interesse ist nunmehr auf das Verhalten Großbritaniens und Frankreichs gerichtet.

Die Anfahrtstraßen zur Reichstagssitzung waren verhältnismäßig gering besetzt. Bedauert wurde, daß diesmal nicht wie bei früheren Reichstagssitzungen längs der Anfahrtstraßen Lautsprecher aufgestellt waren. - Mißfallen erregte, daß während der Führerrede die Bauarbeiten am Königs-Platz nicht eingestellt wurden. - Die Tatsache, daß keine offizielle Anordnung über den Gemeinschaftsempfang der Führerrede bekannt wurde, veranlaßte einige Betriebsführer dazu, keinen Gemeinschaftsempfang anzusetzen. In einigen Betrieben ließen die Betriebsführer nur 2 bis 3 Mann die Rede anhören, damit diese später ihren Arbeitskameraden das Wichtigste mitteilen sollten. - In Berlin wurde festgestellt, daß in einzelnen Gastwirtschaften während der Rede weiter bedient und verzehrt wurde.

Die Beflaggung der Häuser wurde nach dem Aufruf des Propagandaministeriums in allen Teilen des Reiches durchgeführt. Da in vielen Orten Unklarheit über den Termin bestand, war z.T. schon mehrere Tage vor dem endgültigen Aufruf geflaggt. Bei dem später durchgegebenen Aufruf wurde die Besetzung von Warschau schon so als eine Selbstverständlichkeit angesehen, daß die Beflaggung keiner inneren Hochstimmung der Bevölkerung mehr entsprach.

39 Fahrer wurden zur Verantwortung gezogen, weil sie Privatfahrten unternommen hatten.

In Kreisen der Arbeiterschaft wurde das Wegfallen der Wochenendheimfahrten sehr ungünstig aufgenommen. Während über die durch die Kriegswirtschaftsverordnung erfolgte Aberkennung des Urlaubsanspruches der Arbeiter Klagen in größerem Umfange bisher nicht eingegangen sind, wurde die Anwendung dieser neuen Bestimmungen auf die Wochenendheimfahrten von den Gefolgschaften mit großem Unwillen zur Kenntnis genommen. Es wird nicht verstanden, aus welchem Grunde die in den Arbeitsverträgen festgelegten Wochenendheimfahrten als Urlaubszeit angesprochen werden, da diese Fahrten in der Hauptsache zur Aufrechterhaltung des durch die dauernde Trennung schon sehr in Frage gestellten Familienlebens dient. Für das Baugewerbe sind die Fahrten bereits verboten worden, woraus sich eine Reihe von Härtefällen ergeben hat. Es liegen Meldungen darüber vor, daß die Arbeiter trotz Verbot ohne jede Erlaubnis fahren (bei einem Landrat in Süddeutschland sind etwa 100 Anzeigen eingegangen). - Auch den ausländischen Arbeitern werden die Wochenendfahrten nicht mehr gewährt. Für die slowakischen Arbeiter wirkt sich dieses - wie aus Industriekreisen berichtet wird - dahingehend aus, daß einem Arbeitsangebot aus Deutschland nicht mehr Folge geleistet wird. Die Arbeiter seien nicht sicher, daß ihre privaten, mit deutschen Unternehmern abgeschlossenen Arbeitsverträge nicht etwa noch weiteren unvorhergesehenen Einschränkungen ohne ihre Zustimmung unterliegen. Die slowakischen Arbeiter versuchen ebenfalls, unerlaubt nach Hause zu fahren und fehlen in der betreffenden Zeit am Arbeitsplatz. Den Bemühungen, die Arbeiter in Berlin am Fortfahren zu hindern, entgingen die Slowaken dadurch, daß sie vom Abfahrtsbahnhof aus zunächst die Vorortzüge benutzten. (Hierüber wird Sondermeldung erstattet).

wurde den Inhabern von Lebensmittelgeschäften die Abgabe von Bezugsscheinen für Lebensmittel mit der Begründung verweigert daß sie genug Waren in ihren Betrieben hätten und dieselben auch ohne Marken entnehmen könnten. Es wird angeregt, die Frage durch eine eindeutige Erklärung dahingehend zu regeln, daß den Inhabern und Angestellten solcher Geschäfte im gesamten Reichsgebiet einheitlich ebenfalls Bezugsscheine auszuhändigen sind. - Im Protektoratsgebiet sind bezüglich der Bewirtschaftung der lebensnotwendigen Güter Schwierigkeiten dadurch aufgetreten, daß der Ankündigung bzw. Bekanntgabe einer Bewirtschaftungsmaßnahme nicht immer gleich die Ausgabe der entsprechenden Bezugsscheine folgte. In der ersten Septemberwoche wurde beispielsweise eine Anordnung über die Erzeugung und den Verbrauch von Seife bekanntgegeben, wonach u.a. Seife nur gegen amtliche Anweisungen ausgegeben werden darf. Dadurch, daß an vielen Orten 14 Tage nach dieser Ankündigung noch nicht die Bezugsscheine verteilt waren, setzte eine Hamsterwelle ein, die auch auf andere Waren wie insbesondere Textilien und Lebensmittel übergriff.

Allgemein wird über die ungenügende Waggongestellung seitens der Reichsbahn geklagt. Es können selbst vordringlich abgestempelte Frachtbriefe zum Teil nur mit 10 % berücksichtigt werden. Mit Beendigung des Polenfeldzuges wird allerdings mit einer Besserung gerechnet. Verzögerungen ruft zzt. der Übergang eines Gutes von einem Direktionsbezirk mit freigegebenem Gütertransport zu einem Bezirk mit beschränktem Güterverkehr hervor. Ein großer Teil der in Rumänien und in der Türkei verfügbaren Ware kann infolge Laderaummangels nicht ins Reich geschafft werden. Jugoslawien hat selbst 400 Waggons zur Verfügung gestellt, um vor allem Mais für die Schweinemast und für Spezialzwecke heranzuführen. - Der Laderaum, den die Donauschiffahrt zur Verfügung stellen kann, hat sich ebenfalls als zu gering erwiesen. - Die mißbräuchliche Benutzung von Kraftfahrzeugen wird in der Bevölkerung immer noch lebhaft besprochen. In Heidelberg ergab eine Kraftwagenkontrolle, daß durch 21 Fahrer nicht zugelassene Wagen benutzt wurden.

werbesteuer von 210 % auf 290 %, die Grundsteuer von 150 auf 200 % erhöht. In den Meldungen wird betont, daß diese Erhöhungen im Widerspruch zur Kriegswirtschaftsverordnung vom 4.9.1939 ständen.

Der Kurzrückgang an der Effektenbörse Mitte September wird als wirtschaftlich unbegründet bezeichnet. Es wird hervorgehoben, daß die Kursgestaltung - von Ausnahmen abgesehen - wirtschaftlichen Erwägungen keineswegs gerecht wird, sondern daß die Schwankungen den Stimmungen an der Börse entsprachen, die durch allerlei Gerüchte mitbeeinflußt wurden. Einige Beispiele veranschaulichen dieses:

| | 31.8. | 15.9. | 25.9. | 30.9. |
|--------------------------|-------|-------|-------|-------|
| Berl.Kraft und Licht | 165 | 157 | 146 | 153 |
| Demag (Rüst.Betrieb) | 144 | 122 | 125 | 130 |
| Holzmann (Baufirma) | 157 | 131 | 136 | 144 |
| Gebr. Jugnhans (R-Betr.) | 93 | 73 | 77 | 87 |
| Westd.Kaufhof | 97 | 68 | 74 | 80. |

Auf dem Lebensmittelmarkt wurde die Versorgung der Bevölkerung im großen und ganzen als ausreichend angesehen. Auf dem Fleischmarkt war jedoch besonders Schweinefleisch sehr knapp. Obst und Gemüse stand reichlich zur Verfügung, sodaß die Nachfrage der Verbraucherschaft in vollem Umfange befriedigt werden konnte. (Weckgläser fehlen vor allem noch in Berlin). Hinsichtlich der Eierversorgung wurden - trotzdem bereits die entsprechenden Lebensmittel scheinbar aufgerufen wurden - in verschiedenen Gegenden des Reiches von den Lieferanten nur etwa 30 % des Kontingents geliefert. Diese 30 % werden aber nach Willkür von den Lieferanten für die Versorgung des Handels ausgewählt, sodaß es in den Geschäften zu unliebsamen Auftritten kommt. Bei dieser Regelung muß der Kaufmann den ersten 30 % seiner Kunden die Eier geben, die weiteren 70 % müssen bis zur nächsten Auslieferung warten. In anderen Gegenden (u.a. in Berlin) sind die Geschäfte nicht in der Lage, den reichlichen Eiervorrat unterzubringen, da das erhaltene Kontingent wesentlich größer ist, als die Menge, die der Zahl der eingehenden Lebensmittelkarten entspricht. - Nach verschiedenen Meldungen

V. Wirtschaft.

Bei den Steuerabgaben treten Grenzfälle auf, die in den betroffenen Kreisen - den Meldungen zufolge - als ungerecht empfunden werden. So wird bemängelt, daß bei einem berufstätigen Ehepaar die beiden Einzelverdienste zur Veranlagung nicht zusammengerechnet werden (die finanztechnischen Schwierigkeiten sind den Betroffenen meist unbekannt), oder, daß ein Familienvater mit einem Bruttoeinkommen von RM 260,- herangezogen, eine ledige Person mit einem Bruttoeinkommen von RM 225,-- dagegen nicht betroffen wird. Es wird allgemein erwartet, daß in diesen Grenzfällen Familienzuschläge nicht mitveranlagt werden. - Die Regelung, daß für einberufene Personen, deren Gehalt oder Lohn weitergezahlt werden, die Wehrsteuer in Abzug gebracht wird, hat sich stimmungsmäßig sehr ungünstig ausgewirkt. Die Rückerstattung erfolgt erst am Ende des Jahres auf Antrag. Der an der Front stehende, wehrpflichtige Soldat empfindet es als unbillig, wenn seinen Angehörigen vom Gehalt die Wehrsteuer einbehalten wird. Besonders hart wirkt sich dieses bei den Hinterbliebenen gefallener Soldaten aus, die meist über die Stellung von Rückerstattungsanträgen nicht im klaren sind. Es wird allgemein eine Regelung erwartet, daß die Betriebsführer bei wehrsteuerpflichtigen Einberufenen den zuständigen Finanzämtern Mitteilung machen und von dem Augenblick der Einberufung an die Wehrsteuer nicht mehr einbehalten.

Den Gemeinden wurde inzwischen der zu leistende monatliche Kriegsbeitrag bekanntgegeben. Er wird fast überall als unerwartet hoch bezeichnet. Die Folge ist, daß sofort die Einstellung oder Einschränkung aller kriegsunwichtigen Ausgaben verfügt wurde, daß teilweise aber auch von der Begleichung rückständiger Geldverpflichtungen Abstand genommen wurde. Zum Teil versuchen die Gemeinden die Hebesätze der Realsteuer wesentlich zu erhöhen. So hat z. B. Altenburg die Ge-

jetzt auf 2 Uhr festgelegt sei. Es wird eine gleiche Regelung mindestens für die Großstädte Westfalens gefordert.

Der Führer und Reichskanzler hat in einem nicht veröffentlichten Gnadenerlass allen Volksdeutschen in Polen wegen aller im Zusammenhang mit der Besetzung Polens in der Zeit vom 1.9.39 bis 4.10.39 begangenen Straftaten Straffreiheit gewährt.

Auf Grund des alten österreichischen Staatsschutzgesetzes, das noch nicht ausser Kraft gesetzt ist, können durch die Geheime Staatspolizei wegen staatsfeindlicher Äusserungen Arreststrafen bis zu 3 Monaten verhängt werden. Hierzu wird berichtet, dass teilweise vonseiten der Geheimen Staatspolizei in den österreichischen Gauen in verstärktem Maße auf das Staatsschutzgesetz zurückgegriffen werde, weil die Gerichte vielfach die diesbezüglichen Straftaten nicht mit der gebotenen Schärfe weiter verfolgten.

Nach § 1 der Kriegswirtschaftsverordnung wird mit Zuchthaus oder Gefängnis bestraft, wer Rohstoffe oder Erzeugnisse, die zum lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung gehören, vernichtet, beiseite geschafft oder zurückhält. In der Praxis sind Meinungsverschiedenheiten darüber aufgetaucht, ob die Hamsterei nicht bezugscheinpflichtiger Waren strafbar ist. Teilweise wird es bejaht, zum Teil ist man der Ansicht, dass das Anhäufen zum späteren Verbrauch nicht als Beiseiteschaffen bezeichnet werden könne. Auch wird die Auffassung vertreten, dass der Tatbestand des "Beiseiteschaffens" sich überhaupt nicht auf den Verbraucher, sondern nur auf den Verteiler beziehe.

IV. Recht und Verwaltung.

In dem Runderlass des Reichsministers des Innern vom 30.8.39 über die Vereinfachung der Verwaltung im gemeindlichen Bereich wird u.a. bestimmt, dass die Aufgaben der Rechnungsprüfungsämter auf ein Mindestmaß einzuschränken sind. In manchen Gemeinden haben die Rechnungsprüfungsämter infolge Überlastung ihre Tätigkeit völlig eingestellt. Angesichts der hohen Belastung der Gemeindefinanzen, z.B. durch die Kriegsabgaben, die Unterbringung und Verpflegung von Kriegsgefangenen, Flüchtlingen usw. und durch teilweise starke Truppenbelegungen wird wegen der mangelhaften Prüfung mit starken Mißständen im Kassenwesen und erheblichen finanziellen Verlusten gerechnet. Es sei daher vorzuschlagen, die Gemeinden zu einer stärkeren Betätigung im Rechnungsprüfungswesen zu veranlassen. Im übrigen nehmen die Meldungen über die starke finanzielle Belastung der Gemeinden durch die Kriegsabgaben weiter zu. Vielfach ist bei Aufsichtsbehörden und Gemeinden die Übersicht über die Haushaltsgestaltung verloren gegangen, und bei vielen Kommunen lässt sich bereits jetzt erkennen, dass sich ein erheblicher Fehlbetrag im Haushalt ergeben wird.

Als mit dem Vereinfachungserlass nicht vereinbar wird es bezeichnet, dass der Schriftverkehr in der Gemeindeverwaltung vielfach nicht nur nicht abgenommen, sondern sich noch verstärkt habe. Es ergingen noch zahlreiche Verfügungen und Anweisungen manchmal recht bedeutungslosen Inhalts, deren Erledigung bis nach Beendigung des Krieges hätte aufgeschoben werden können. Die Klagen über die Überlastung der Selbstverwaltungskörperschaften in personeller Hinsicht halten gleichfalls weiter an. Man ist der Ansicht, dass teilweise Beamte der Justizverwaltung und anderer durch den Krieg weniger berührter Dienststellen – auch Lehrer während der Ferien – zur Mitarbeit herangezogen werden könnten.

Von zahlreichen Gastwirten Westfalens wird darüber geklagt, dass nach Einführung der 24-Uhr-Polizeistunde viele zahlungskräftige Wochenendgäste ausblieben und statt dessen die Gaststätten in der Rheinprovinz aufsuchten, wo die Polizeistunde

Volk politisch reif genug sei, um negative Geschehnisse und Entwicklungen auf sich zu nehmen, ja das Bedürfnis habe, die Sorgen und Kämpfe der Staatsführung zu teilen. Die negative Auswirkung dieser Sachlage zeige sich in der starken Nachfrage nach den eingeführten Presseorganen der neutralen Länder.- Bezuglich der Gefallenenanzeigen wurde z.T. die etwas unwürdige Einfügung in den Satzspiegel der Zeitungen beanstandet (z.B. Gefallenenanzeigen gerade neben dem Vergnügungsanzeiger). Es wurde außerdem der Vorschlag gemacht, daß für die Gefallenen der minderbemittelten Kreise die entsprechenden Betriebe, Parteiformationen oder Behörden würdige Anzeigen bringen möchten, damit die sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede in der Größenaufmachung der Todesanzeigen möglichst ausgeglichen werden können.- Verschiedentlich wurde angeregt, über Polen irgendwelche Industriekarten mit der Einzeichnung der Bodenschätze usw. zu bringen, da die Frage der Verbreiterung der deutschen Wirtschaftsbasis durch die Einbeziehung des besetzten polnischen Raumes außerordentlich stark diskutiert wird.

tung einer Entlausungsbaracke mit den erforderlichen Geräten wird dringend gewünscht. - Unter den Westwallarbeitern sind die Geschlechtskrankheiten im Steigen begriffen. Es wird angeregt, unter ihnen alle Erfahrungen der Wehrmacht für die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zur Anwendung zu bringen.- Bezüglich des Ärztemangels wird aus verschiedenen Reichsteilen die Anregung übermittelt, daß zwischen den jeweiligen Wehrersatzinspektionen und den Gauärzteführungen eine enge Zusammenarbeit hergestellt werden müsse. Die Gauärzteführung und die Reichsärzteführung haben genaueste Übersichten über Ärztepersonal, Krankenhäuser, Sanatorien, Heime, Apothekenwesen, Seuchenlage, Krankheitsanfälle usw., sodaß von dort am besten angegeben werden kann, wo Ärzte, Krankenhäuser usw. freigegeben werden können. Durch eine solche enge Zusammenarbeit sei es möglich, fast sämtliche bisher auftauchende Schwierigkeiten der Arztversorgung örtlich zu vermeiden.- Aus Österreich kommt die Anregung, die dringend notwendige Lösung der Zigeunerfrage jetzt durch rücksichtslose Unterbringung der Zigeuner in geschlossenen Lagern zur Durchführung zu bringen. Die Zigeuner sind bekanntermaßen besonders durch Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten verseucht, betätigen sich in den Grenzgebieten von jeher als Schmuggler und sind auch in nachrichtendienstlicher Hinsicht im Hinblick auf fremde Nachrichtendienste ein Gefahrenherd. Außerdem wünscht die Bevölkerung eine Ausschaltung dieses asozialen Elementes.- Die spinale Kinderlähmung hat sich in der Provinz Schleswig-Holstein nunmehr fast über das gesamte Gaugebiet ausgebreitet. Zahlenmäßig hält sie sich jedoch seit mehreren Wochen auf dem gleichen Stand.

4. Presse und amtliche Nachrichtenübermittelungen. Presse, Rundfunk und Filmwochenschau gestaltung werden im ganzen Reichsgebiet im allgemeinen sehr positiv und wesentlich günstiger, als vor dem 1. Sept. aufgenommen. Folgende Einzelfragen stehen noch offen: Es geht das Gerücht um, daß im amtlichen Heeresbericht dann, wenn Verlustnachrichten auf deutscher Seite bei Kampfberichten bekannt nicht gegeben werden (Flugzeuge, U-Botte usw.), diese wahrscheinlich so beträchtlich gewesen seien, daß man sie verschweige. Es wird behauptet, daß die deutsche Presse im wesentlichen nur immer das für uns günstige zitiere. Als z.B. nach der Führerrede Pressestimmen der Feindhäkte nicht gebracht wurden, führte dies sofort zu falschen Gerüchtebildungen über völlige Ablehnung der Führerrede in Frankreich, England usw. Immer wieder hört man unter Bezugnahme auf die Göring-Rede Äußerungen, daß das deutsche

2. Schule und Erziehungswesen. Um dem fast in allen Teilen des Reiches vorhandenen Mangel an Lehrkräften zu steuern, konnten zum Teil Ersatzkräfte aus den Kreisen der pensionierten Lehrer, der Verheirateten, aus dem Lehrberuf bereits ausgeschiedene Lehrerinnen und geeignete Laienkräfte herangezogen werden. Unklar ist aber zum Teil noch die Frage, aus welchen Etatmitteln diese Kräfte zu bezahlen sind, wie hoch die Vergütungssätze liegen usw. Eine generelle Zusammenfassung der dafür bestehenden Richtlinien und ihre Bekanntgabe erscheint zweckmäßig. Der noch größte Lehrkräftemangel besteht für den besetzten polnischen Raum. Die Schulverwaltung Danzigs erließ einen Presseaufruf, wonach sich Personen im Alter von 17 bis 26 Jahren, die sich für die Lehrberuf befähigt halten, melden sollen, nach 6-wöchigen Kursen bereits zum praktischen Einsatz als Hilfskräfte in den Schuldienst kommen und bei Bewährung und weiteren Kursen endgültig für das dortige Gebiet übernommen werden sollen. Wie im Altreich der Lehrerbestand aussieht, dafür ein Beispiel: Von den etwa 7500 Volkschullehrern in Württemberg sind 2300 zum Heeresdienst eingezogen. 70% stehen also noch zur Verfügung. Bei den Fachschulen sind von 850 Lehrern 230 eingezogen. Die Durchführung des Schulbetriebes ist also mit gewissen Beschränkungen gewährleistet. - Generell wird der Wunsch laut, daß Lehrkräfte, so weit sie noch bei der Hilfspolizei einberufen sind, von dort freigegeben werden. - In Wien wird es nach wie vor als besonders störend empfunden, daß die Lehrer zur Ausgabe der Bezugscheine herangezogen würden. - Als eine neue Frage taucht die Einordnung der zahlreichen Kinder der Evakuierten in den Schulen der Bergungsgebiete auf, die zum Teil wegen Klassenüberfüllung und Lehrkräftegemangel kaum durchführbar ist. Andererseits ist unter diesen Jugendlichen, soweit sie noch nicht in einen ordnungsgemäßigen Schuldienst eingegliedert wurden, eine ziemliche Verwahrlosung (Diebstähle usw.) festzustellen.

3. Gesundheitswesen. Im ganzen Reichsgebiet werden zu Hunderten die NSV-Kindergärten eingerichtet. Diese Maßnahme wird von der Bevölkerung, vor allem von den minderbemittelten Schichten, als eine vorzügliche soziale Hilfmaßnahme sehr begrüßt. - Mehr und mehr häufen sich die Klagen, daß die zum Einsatz kommenden ausländischen Arbeiter zum Teil außerordentlich verlaust sind. und das Ungeziefer in die Betriebe, Baracken usw. einschleppen. Diese Plage wird u.a. aus den Hermann-Göring-Werken gemeldet. Das Lager IV in Gebhardshagen sei z.B. völlig verlaust. Die Errich-

III. Kulturelle Gebiete.

Allgemein läßt sich feststellen, daß die geplanten Kriegsmaßnahmen in den einzelnen Kulturgebieten im grundsätzlichen durchgeführt sind, und sich eingespielt haben. Die noch bestehenden ungeklärten Fragen und Reibungspunkte beziehen sich entweder auf Teilprobleme oder örtliche Schwierigkeiten. An ihnen ergeben sich z.Zt. als die wesentlichsten folgende:

1. Hochschulwesen. Durch Verlängerung des Einschreibetermins bis zum 25.Oktober und durch die Zurückzahlung der Einschreibegebühren beim Universitätswechsel haben die Studenten technisch die Möglichkeit, von den zum Teil völlig überfüllten Hochschulen, Einzelfakultäten oder Institute auf andere am 1.Oktober wiedereröffnete Hochschulen überzuwechseln. Völlig überbesetzt ist die Münchener medizinische Fakultät und die Chemische Abteilung der Technischen Hochschule. - An der Wiener Universität kam es in der Medizinischen Fakultät am 5.lo. zu einem Studentenkrawall. Gemäß Reichsregelung können Medizinstudenten, die das 9.Semester vollendet haben, die Notbestallung als Ärzte erhalten. In Wien werden davon 400 Mediziner betroffen. Österreich und das Altreich hatten bisher verschiedene medizinische Prüfungsordnungen. Am 5.lo. wurde vom Erziehungsministerium dem Dekan der Wiener Medizinischen Fakultät erklärt, daß die Prüfungsordnung des Altreiches nunmehr auch auf die Wiener Fakultät Anwendung finden müsse, d.h. u.a., daß die Arztbestallung erst Gültigkeit habe, wenn die gedruckten Exemplare der Pflichtdissertation eingereicht seien. Das bedeutet u.a. praktisch, daß die fraglichen Studenten für Dissertationsgebühren, Drucklegung usw. plötzlich einen Finanzaufwand von 6 - 800 RM haben. Die Möglichkeit der Prüfungsablegung wird dadurch in den meisten Fällen hinfällig. So kam es zu studentischen Ansammlungen und lauten Protesten. Einem Studenten, der das Parteiaabzeichen trug, wurde dies von einem CVer mit den Worten heruntergerissen: "Jetzt geht es los." Bemerkenswerter als die verwaltungsmäßigen Schwierigkeiten, die sich in Ordnung bringen lassen, ist der Tatbestand, daß sich ausschließlich katholische Studenten, die ehemals Angehörige des CV gewesen sind, die Mißstimmung zunutze machen und sofort als Rädelsführer bei der Aufputschung auftraten. Generell gilt für Österreich, daß die gegnerische Aktionslust vorwiegend in den katholisch-legitimistischen Kreisen vorhanden ist.

+
(Namen sind
alle festge-
stellt; Maß-
nahmen einge-
leitet)

II. Gegner.

Wegen Vergehens gegen das Heimtückegegesetz und sonstigen staatsfeindlichen Verhaltens, insbesondere wegen Verbretung von Greuelnachrichten und Abhören ausländischer Sender, wurden von der Staatspolizei festgenommen: in Berlin 13 Personen, in Dortmund 12, in Graz 9, in Kiel 5, in Düsseldorf, Karlsruhe, Magdeburg, Stuttgart und Wien je 4, in Chemnitz, Köln und Schwerin je 3 Personen.

In Karlsbad und Berlin erhielten Fabrikarbeiter Hetschreiben aus Prag, die eine kommunistische Umdichtung des Horst-Wessel-Liedes zum Inhalt hatten. - In Köln und Heidelberg wurden bei der Leerung von Briefkästen zahlreiche Zettel gefunden, in denen gegen den Führer und gegen Reichsminister Goebbels gehetzt wird. Es ist unbekannt, aus welchen Kreisen diese Zettel stammen.

Anlässlich des Erntedankfestes erklärte der katholische Pfarrer Neumann in Heidenau Bezirk Dresden, dass der Geist des Teufels in Gestalt der Führer dieser Erde vorhanden sei. Es sei nicht von Gott gewollt, dass sich Menschen bekämpften, auch nicht, dass in Deutschland Menschen hungern und frieren. Das Volk führe gedankenlos alles aus, was ihm von den Grossen ins Ohr geflüstert werde, gleich, ob es zum Guten oder Bösen ausgehe. Die Denkenden nützten die Gedankenlosigkeit der Völker zur Verwirklichung ihrer Pläne aus. Sie wollten nicht dienen, sondern herrschen, nicht beten, sondern angebetet werden. Der katholische Kaplan Moder in Oberhufhausen /Krs. Hunfeld erklärte in einer Predigt: "Die Gefahr des Bolschewismus ist immer noch gross, sie ist durch die Verbrüderung Stalins und Hitlers vergrössert worden. Ich fordere Euch auf, nicht mit Bajonetten und anderen Waffen, sondern mit dem Rosenkranz zu kämpfen." (In beiden Fällen wurde die Staatspolizei verständigt).

Die Rückkehr der im Osten eingesetzten Truppen in die Garnisonen des Reiches wurde fast überall von der Bevölkerung mit großer Begeisterung gefeiert. Die Truppen wurden vielfach durch Blumen geschmückt, und es wurden an sie Zigaretten, Obst usw. verteilt. Meldungen über einen besonders herzlichen Empfang zurückkehrender Truppen liegen aus Danzig, Allenstein, Elbing, aus verschiedenen schlesischen Orten, aus Reichenberg und aus Wien vor.

In einigen Teilen des Reiches ließ die Partei Geld- oder Büchersammlungen für die Truppen durchführen. In Hessen-Nassau fügte Gauleiter Spranger den ersten Büchersendungen an eingezogenen Parteigenossen persönliche Schreiben bei.

Unter Parteimitgliedern, die in W-Betrieben beschäftigt sind und oft eine Arbeitszeit von täglich 12 - 14 Stunden haben, ist eine Mißstimmung darüber vorhanden, daß sie weiterhin zur Parteiarbeit (Bearbeitung der Volkskartei, Sammlung von Altmaterial u. dergl.) herangezogen werden. Im Hinblick auf die außerordentliche berufliche Belastung wird der Wunsch einer generellen Befreiung dieser Personen vom Parteidienst während der Kriegsdauer gewünscht.